

22.07.2011

Koalition der Zuversicht

Kraftvoller Start in die zweite Hälfte

Die Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag senden eine klare Botschaft aus Kloster Banz an die Republik: Die christlich-liberale Koalition hat Deutschland seit 2009 voran gebracht – trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Daher können die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen: Auch in den nächsten Jahren wird die bürgerliche Regierung die richtigen Entscheidungen für unser Land treffen.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag startet zuversichtlich und kraftvoll in die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Auf ihrer Sommer-Klausurtagung in Kloster Banz zogen die christlich-sozialen Abgeordneten eine positive Bilanz der vergangenen zwei Regierungsjahre: So groß die unerwarteten Herausforderungen bisher gewesen seien, so klar habe die christlich-liberale Koalition Deutschland durch die Krise geführt.



Die Bundestagsabgeordneten der CSU blickten auf ihrer XIV. Sommer-Klausurtagung in Kloster Banz zuversichtlich nach vorne. Hinsichtlich neuer Kredite für Griechenland ist die Haltung der Christsozialen klar: Jeder ist für seine Schulden selbst verantwortlich.

Zeitgleich zu den europäischen Staats- und Regierungschefs debattierten auch die christlich-sozialen Parlamentarier über die Zukunft des Euro. Die Vorsitzende der christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten, Gerda Hasselfeldt, betonte, die CSU-Landesgruppe habe sich in den 1990er-Jahren erfolgreich für die Einführung des Euro unter strengen Stabilitätsregeln eingesetzt. „Daher stehen wir zum Euro“, unterstrich Frau Hasselfeldt. Die rot-grüne Regierung habe jedoch Griechenland in die Euro-Zone integriert und die Geschäftsbedingungen der Gemeinschaftswährung aufgeweicht. Den dadurch entstandenen Schaden gelte es nun zu beheben. Frau Hasselfeldt nannte klare Bedingungen für weitere Kredite zur Stabilisie-

rung der wirtschaftlichen Situation in Griechenland. Erstens gelte für die Christsozialen weiterhin: Jeder ist für seine Schulden selbst verantwortlich. Zweitens müsse Athen zu zusätzlichen Reformen und Einschnitten verpflichtet werden. Drittens müssten auch die privaten Gläubiger einen Beitrag leisten.

Frau Hasselfeldt bekannte sich einmal mehr zum Kampf gegen die kalte Progression (siehe Seite zwei). „Für mich ist das nicht nur eine Frage des Steuerrechts, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, so die Vorsitzende der christlich-sozialen Abgeordneten im Bundestag. Ausführlich erörtert wurde auch die Notwendigkeit, den Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur abzubauen. Die Parlamentarier betonten das Ziel, mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung stellen zu können. Frau Hasselfeldt und Ministerpräsident Horst Seehofer lobten jeweils den gewachsenen Zusammenhalt in der Berliner Koalition. Als die Parlamentarier Banz am Freitag verließen, um in ihre Heimatbezirke zurückzukehren, war allen klar: Was auch immer die kommenden Jahre mit sich bringen werden – die christlich-liberale Koalition wird Deutschland verlässlich und erfolgreich führen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Mein Berliner Büro liegt nur wenige Schritte von der ehemaligen Grenze zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt entfernt. An jedem Tag, den ich im Bundestag verbringe, überschreite ich die Markierung des früheren Verlaufs der Berliner Mauer viele Male. Kaum vorstellbar, dass die Welt hier noch 1989 zwischen Freiheit und Unfreiheit getrennt wurde! So sehr sich manche auch für das Vergessen stark machen: Wir christlich-soziale Abgeordnete im Deutschen Bundestag empfinden es als Verpflichtung, die Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur wach zu halten.



Wenige Tage vor dem 50. Jahrestag des Mauerbaus haben wir den Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, Roland Jahn, zur Sommer-Klausur der CSU-Landesgruppe eingeladen. In Kloster Banz haben wir mit ihm über die Zukunft der DDR-Aufarbeitung gesprochen. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen die Verklärung und Verharmlosung des SED-Unrechtsstaates, unter dem Millionen gelitten haben: Familien wurden getrennt, Lebenswege zerstört, Oppositionelle inhaftiert, Flüchtlinge erschossen. Mit Roland Jahn sind wir uns einig: Dieser Teil der deutschen Geschichte darf auch den jungen Menschen nicht vorenthalten werden.

Doch nicht nur die intensiven Gespräche mit Roland Jahn und wichtigen Vordenkern der deutschen Sicherheitspolitik (siehe Seite vier) machten die Klausurtagung zu einem Erfolg. Die beiden Tage in Kloster Banz boten vielmehr auch die Gelegenheit zu einem Ausblick auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode, die im Herbst beginnt. Als treuer Leser des Briefs aus Berlin erhalten Sie mit dieser Sonderausgabe aus Kloster Banz einen exklusiven Einblick in die Vorhaben der Koalition für die Jahre bis 2013.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser MdB

Investitionen in die Zukunft

Bürgerliches Energiekonzept für die Zukunft

Die christlich-liberale Koalition hat ein vorausschauendes Konzept für die Energieversorgung der Zukunft entwickelt. Nun geht es darum, dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien noch schneller voranzubringen. Die Wirtschaftspolitiker der CSU-Landesgruppe arbeiten außerdem am Ausbau der Breitband-Internetversorgung.

Nach dem von der christlich-liberalen Koalition initiierten Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie steht nun die konkrete Umsetzung des Umstiegs auf die Erneuerbaren auf dem Programm. Die Parlamentarier der CSU im Deutschen Bundestag wollen den Ausbau der regenerativen Energien deutlich stärken. Ziel dabei ist der schrittweise Ersatz sowohl der Kernenergie sowie der fossilen Energieträger. Den Christsozialen ist es ein wichtiges Anliegen, dass Deutschlands Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel nicht geschmälert wird und dass der neue Energiemix bezahlbar bleibt. Im Innovationsland Deutschland setzen die Abgeordneten aus diesem Grunde insbesondere auf technische Errungenschaften und

deren Ausbau in den Bereichen Photovoltaik, Biomasse und Windenergie. Die Fortschritte auf diesem Weg werden künftig regelmäßig überprüft,



um eventuell notwendige Nachjustierungen möglich zu machen.

Doch auch Fragen der Telekommunikation gilt die Aufmerksamkeit der christlich-sozialen Wirtschaftspoliti-

ker im Bundestag. Die CSU-Landesgruppe misst dem flächendeckenden Ausbau der Breitbandtechnologie hohe Bedeutung bei. Die christlich-liberale Koalition arbeitet daher intensiv an der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG). Moderne Kommunikationstechniken sollen dabei helfen, Infrastrukturnachteile des ländlichen Raumes gegenüber den Städten auszugleichen. Im Hinblick auf eine Neufassung des TKG wird die christlich-liberale Koalition einmal mehr durch starke Initiativen für den Verbraucherschutz hervorstechen. So ist geplant, bei der Überarbeitung des Gesetzes ein Verbot von kostenpflichtigen Warteschleifen sowie eine Pflicht zur Preisansage für Call-by-Call-Anrufen einzuführen.

Diese Woche

Koalition der Zuversicht	
Kraftvoller Start in die zweite Hälfte	1
Investitionen in die Zukunft	
Bürgerliches Energiekonzept für die Zukunft	2
Steuern abbauen – Wettbewerbsfähigkeit schaffen	
Die Koalition hält Wort	2
Landwirtschaft und Umwelt	
Kernthemen christlich-sozialer Politik	
Koalition stärkt Bayerns Vorreiterrolle	3
Sicherheit stärken und Kriminalität verhindern	
Mehr Sicherheit in Deutschland – online und offline	3
Stabilität für ein Europa von morgen	
Grenzen und Chancen Europas sichern	4
Erwerbsminderungsschutz verbessern – Pflegesituation verbessern	
Markenzeichen: Seriöse Sozialpolitik	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Oliver Rott, Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Steuern abbauen – Wettbewerbsfähigkeit schaffen

Die Koalition hält Wort

Nur Wochen nach ihrem Amtsantritt hatte die christlich-liberale Koalition die ersten Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beschlossen. Diesen Kurs wollen Union und FDP konsequent weitergehen, damit die Menschen noch mehr vom Aufschwung zu spüren bekommen.

Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sollen künftig stärker vom Aufschwung in Deutschland profitieren. Darauf haben sich die Spitzen der christlich-liberalen Koalition zu Beginn der politischen Sommerpause verständigt. Union und FDP wollen dabei vor allem die sogenannte kalte Progression ins Visier nehmen. Als kalte Progression wird ein Phänomen bezeichnet, aufgrund dessen Lohnerhöhungen in der Größenordnung der Inflationsrate oft nicht bei den Arbeitnehmern ankommen. Der Gehaltszuwachs wird stattdessen weitestgehend durch den dann greifenden höheren Einkommenssteuertarif aufgezehrt. Die Arbeitnehmer erhalten somit trotz Gehaltsanstiegs häufig kaum mehr Netto. Somit droht eine Entwertung ihrer Einkommen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist sich einig, dass mögliche Spielräume im Haushalt

zum Abbau dieser Ungerechtigkeit eingesetzt werden sollten. Damit löst die unionsgeführte Bundesregierung eines der wichtigsten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag ein.

Auch auf dem Bereich des Unternehmenssteuerrechts setzen Union und FDP ein starkes Zeichen, denn nach ihrer Auffassung gilt: „Steuerpolitik ist auch Standortpolitik“. Vor diesem Hintergrund plant die christlich-liberale Koalition eine Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung und die Einführung eines modernen Gruppenbesteuerungssystems. Beides führt zu erheblichen Vereinfachungen und hebt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Erste Zwischenergebnisse der mit diesen Themen befassten Arbeitsgruppen des Bundesfinanzministeriums sollen im Herbst vorliegen.

Landwirtschaft und Umwelt Kernthemen christlich-sozialer Politik

Koalition stärkt Bayerns Vorreiterrolle

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden auf europäischer Ebene die entscheidenden Weichen für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU von 2014 bis 2020 gestellt. Die CSU vertritt hierbei die Interessen der bayerischen Landwirte und Konsumenten, die hochwertige, regional erzeugte Produkte schätzen. In der Verkehrspolitik legt die CSU-Landesgruppe einen Schwerpunkt auf die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bildet mit über 40 Prozent den größten Posten im Haushalt der Europäischen Union, der insgesamt etwa eine Billion Euro umfasst. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich im Interesse der bayerischen Produzenten und Verbraucher mit Nachdruck dafür ein, dass dieses Budget auch 2014 bis 2020 optimal eingesetzt wird. Die Parlamentarier vertreten hierbei die feste Überzeugung, dass den bayerischen Landwirten unter Beibehaltung der finanziellen Ausstattung der GAP weiterhin umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Auf diesem Weg gelte es, den hohen Standard und die herausragende Qualität der heimischen Produkte aus dem Freistaat nachhaltig zu sichern.

Auch auf dem Feld der Abfallwirtschaft und des Ressourcenmanagements bleiben die Christsozialen im Deutschen Bundestag gestaltende Kraft. Die christlich-liberale Koalition wird noch dieses Jahr eine Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts beschließen, die unter anderem neue Zielquoten für das Recycling und die stoffliche Verwertung sowie die Getrenntsammlung von Bioabfällen und eine einheitliche Wertstofffassung vorsieht. Hierbei ist es den Parlamentariern neben der Steigerung der Ressourceneffizienz auch ein Anliegen, gewachsene kommunale Entsorgungsstrukturen zu berücksichtigen. Insbesondere sollen bereits existierende Wertstoffhöfe und Bioabfallsammelstellen in kleineren und mittleren Gemeinden Beachtung finden.

Die Klausur in Banz gab auch den Verkehrspolitikern der CSU-Landesgruppe die Möglichkeit für einen Ausblick auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode: Hier steht zunächst die Überarbeitung des Personenbeförderungsgesetzes im Mittelpunkt. Nachdem auch hier durch EU-Rechtsetzung Handlungsbedarf entstanden war, gilt es nun, für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wieder klar verständliche und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Als Ziele formulierten die Abgeordneten die Schaffung eines unternehmerisch und wettbewerbsfähig ausgerichteten ÖPNV. Dabei sollen die Kommunen die Aufgabenträger bleiben, mittelständische Betriebe faire Beteiligungschancen erhalten und im Busgewerbe Betriebervielfalt gewährleistet werden.

Sicherheit stärken und Kriminalität verhindern

Mehr Sicherheit in Deutschland – online und offline

In Kloster Banz diskutierte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag über die aktuelle innenpolitische Situation Deutschlands. Dabei ging es neben den Themen Vorratsdatenspeicherung und Neuregelung der Sicherungsverwahrung auch um einen noch effizienteren Kampf gegen die Organisierte Schleuserkriminalität.

Viel Arbeit für die Innenpolitiker der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag: Die gezielten Angriffe auf staatliche Einrichtungen in Deutschland und Europa haben die Bedeutung der Cyber-Sicherheitsstrategie der christlich-liberalen Bundesregierung erneut unterstrichen. Aber auch die zunehmenden Gefahren durch Viren und Trojaner sowie dadurch ermöglichte Identitätsdiebstahle stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der christlich-sozialen Abgeordneten. Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger daher weiterhin für das Thema Datenschutz und -sicherheit im Internet sensibilisieren. In der Debatte über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung wurden die Konsequenzen aus der Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-Kommission diskutiert. Die EU

hatte mit ihrem Schreiben zu Recht die fehlende Umsetzung der Richtlinie aus dem Jahr 2006 in Deutschland angemahnt. Viele Straftaten sind in den vergangenen Monaten unaufgeklärt geblieben, da den zuständigen Ermittlungsbehörden ein Zugriff auf relevante Telekommunikationsdaten nicht mehr möglich war. Für die Mitglieder der CSU-Bundestagsabgeordneten ist klar, dass nur eine rasche und verfassungskonforme Umsetzung der Richtlinie diesen Zustand nachhaltig beseitigen kann.

Ein weiterer künftiger Arbeitsschwerpunkt der Innen- und Rechtspolitiker wird die Neuregelung der Sicherungsverwahrung sein. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts müssen die bisherigen Bestimmungen überarbeitet

werden. Für die Mitglieder der CSU-Landesgruppe steht dabei fest, dass Gewalt- und Sexualstraftäter auch in Zukunft erst dann freigelassen werden dürfen, wenn von ihnen nachweislich keine Gefahr mehr für die Allgemeinheit ausgeht.

Auch die Gefahren durch organisierte Schleuserkriminalität beschäftigen die christlich-sozialen Abgeordneten. Noch immer profitieren skrupellose Banden in hohem Maße vom illegalen Menschenhandel. Dieser geht zudem in der Regel mit der Ausbeutung und einem hohen Maß an Gewalt gegen Frauen einher. Besonderes Augenmerk verdienen daher auch die Menschen, die illegal nach Deutschland eingeschleust und missbraucht oder zur Prostitution gezwungen werden.

Stabilität für ein Europa von morgen

Grenzen und Chancen Europas sichern

Die prekäre Haushaltslage einiger Euro-Staaten beschäftigt die christlich-sozialen Abgeordneten weiterhin. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bekannte sich zum Euro als Garant des Wohlstands in Deutschland. Gleichzeitig machen sich die Parlamentarier für eine weitere EU-Förderung der bayerischen Regionen stark.

Die CSU im Deutschen Bundestag bekennt sich zum Euro als Förderer und Garant deutschen Wohlstands. Tatsächlich profitiert Deutschland besonders stark von der Gemeinschaftswährung. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft führt ihre Produkte vor allem in Euro-Staaten aus. Das sichert Millionen Arbeitsplätze. Zugleich wird die CSU-Landesgruppe weiterhin darauf achten, dass bei der Krisenbekämpfung deutsche Interessen gewahrt bleiben. So setzen sich die Abgeordneten auch für eine Mitbestimmung des Bundestages bei den anstehenden Entscheidungen ein.

Hinsichtlich des EU-Haushalts dringt die christlich-liberale Koali-

tion weiterhin auf Entscheidungen mit Augenmaß. In den laufenden Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen dringt die unionsgeführte Bundesregierung

darauf, die Beiträge der Mitgliedsstaaten an ihre Leistungsfähigkeit zu koppeln. Die CSU-Landesgruppe setzt sich auch dafür ein, dass das Förderziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in der EU-Regionalpolitik voll erhalten bleibt, so dass die Regionen Bayerns weiterhin wichtige Zuwendungen aus Brüssel erhalten.



In Kloster Banz suchte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auch den Austausch mit Vordenkern der deutschen Sicherheitspolitik. Die Neuausrichtung der Bundeswehr, die Europäisierung der Verteidigungspolitik und der arabische Frühling waren Themen des Gesprächs der Volksvertreter mit General a.D. Klaus Naumann, Dr. Volker Perthes, dem Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, sowie Generalmajor Karl Müllner (v.l.n.r.).

Auch die EU-Erweiterungspolitik beschäftigt die christlich-sozialen Abgeordneten kontinuierlich. Auch hier bleibt die CSU-Landesgruppe ihren Kernpositionen treu und lehnt jede Art von Automatismus klar ab. Bevor nicht alle Kriterien vollständig erfüllt seien, dürfe es keine weiteren Beitritte geben.

Erwerbsminderungsschutz verbessern – Pflegesituation verbessern

Markenzeichen: Seriöse Sozialpolitik

Gründlichkeit vor Schnelligkeit – dieser wichtige Grundsatz gilt auch für die Beratungen der christlich-liberalen Koalition über die Reform der Pflegeversicherung. Im kommenden Jahr soll hier ein endgültiger Vorschlag vorliegen. Auch die Zukunft des Erwerbsminderungsschutzes trägt die Handschrift der CSU-Landesgruppe.

Wenn es um die bessere Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos geht, nehmen die CSU-Bundestagsabgeordneten die soziale Wurzel ihrer Partei besonders ernst: Die christlich-sozialen Parlamentarier machen sich dafür stark, dass Erwerbsminderungsrentner bei vollem Inkrafttreten der Rente mit 67 im Jahr 2029 nicht schlechter gestellt sind als heute. Gleichzeitig soll die Erwerbsminderungsrente aber nicht zu einer Möglichkeit für den vorgezogenen Eintritt in den Ruhestand werden. Auch vor diesem Hintergrund hat Bundessozialministerin Dr. Ursula von der Leyen den sogenannten „RegierungsdialoG Rente“ ins Leben gerufen. Dieser ermöglicht einerseits eine breite, intensive Beteiligung an

der Debatte über die Zukunft des Rentensystems; andererseits wird das Verfahren gestrafft, so dass noch in dieser Legislaturperiode konkrete gesetzgeberische Schritte zu erwarten sind.

Auch die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung will die christlich-liberale Koalition weiterhin gründlich betreiben. Die Pflege verfügt über ausreichend Mittel. Daher können durchdachte und tragfähige Lösungen für Leistungsumfang und Finanzierung ohne Zeitdruck bearbeitet werden. Im Mittelpunkt steht zunächst die Leistungsseite. Ein zentrales Thema soll dabei auch der Abbau unnötiger Bürokratie in der Pflege werden.

Ein Mangel an Fachkräften in Deutschland lässt sich in den Augen der CSU-Landesgruppe vor allem durch die Ausschöpfung des Potenzials vorhandener Arbeitskräfte vermeiden. Dazu gehöre die gute Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmern jeden Alters. Die Christsozialen wollen daher die Wirtschaft dazu bringen, vor allem auf den deutschen und den europäischen Arbeitsmarkt zu setzen. Eine Änderung der gesetzlichen Zuwanderungsregeln stehe nicht auf der Tagesordnung. Tatsächlich kann jeder, dessen Arbeitskraft gezielt benötigt wird, schon heute einwandern. Überflüssige bürokratische Hürden, die dieses Verfahren verlängern, sollen nach dem Willen der Christsozialen rasch beseitigt werden.